

„Unsere Kritik war richtig“

Hessens SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti, 50, über die Korrekturen an den Hartz-Regelungen und die Konkurrenz durch Die Linke

SPIEGEL: Frau Ypsilanti, als die Ex-Parteichefs Gerhard Schröder und Franz Müntefering die Hartz-Reformen in der SPD durchgepeitscht haben, gehörten Sie zu den härtesten innerparteilichen Kritikern. Nun soll das Werk entschärft werden - ein später Triumph für Sie?

Ypsilanti: Nein, kein Triumph. Aber die Anerkennung, dass unsere konstruktiv-kritischen Positionen und Bedenken richtig waren.

SPIEGEL: Muss die SPD nach links rücken, um wieder Wahlen gewinnen zu können?

Ypsilanti: Es geht jetzt nicht um links oder rechts. Wir müssen immer wieder unsere Inhalte überprüfen und daraus Konsequenzen ziehen. Genau das hat Kurt Beck getan, indem er feststellte: Es gibt einige Teile der Agenda 2010, über die wir nachdenken müssen.

SPIEGEL: Dafür hat sich der SPD-Parteichef allerdings Zeit gelassen. Wieso kommt Becks Vorstoß erst eineinhalb Jahre nach seiner Amtsübernahme?

Ypsilanti: Beck hält engen Kontakt zu den Landes- und Bezirksvorsitzenden und hat sich die Stimmung in der Bevölkerung von uns schildern lassen. Außerdem ist er Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und macht auch dort die Erfahrung, dass bei den Bürgern die Frage der Gerechtigkeit immer wichtiger wird: Die Leute ärgert, dass wir zwar einen Aufschwung haben, aber nicht alle profitieren davon.

SPIEGEL: Der Parteichef hat sich gegen seinen Vor-Vorgänger Müntefering durchgesetzt. Nimmt die Partei ihre Regierungsmitglieder nun fester an die Leine?

Ypsilanti: Ich halte es für ganz falsch, aus diesem inhaltlichen Konflikt zwischen dem Arbeitsminister und dem Parteivorsitzenden eine Personaldiskussion zu machen. In der CDU gehen die Positionen zum Thema Hartz-Nachbesserung noch deutlich weiter auseinander als bei uns - aber bei uns wird das wieder einmal über Personen diskutiert. Daran beteilige ich mich ausdrücklich nicht.

SPIEGEL: Dann reden wir über Funktionen: Wird der Arbeitsminister zum Ausführungsorgan für SPD Parteitagsbeschlüsse degradiert?

Ypsilanti: Ich bin sicher, Müntefering wird mit dieser Situation klarkommen und ein guter Arbeitsminister bleiben.

SPIEGEL: Reicht die Korrektur am Arbeitslosengeld I, um den Wählern glaubhaft zu machen, dass für die SPD das „Ende der Zumutungen“ gekommen ist?

Ypsilanti: Nein. Ich habe immer gesagt, dass wir angesichts der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten auch eine schnellere Anhebung der Regelsätze für Hartz IV brauchen. Wir müssen angesichts der Kinderarmut über zusätzliche Leistungen für Kinder nachdenken, beispielsweise kostenloses Schulesen. Und auch das Thema Rente mit 67 bleibt in der Diskussion: Ich bin dafür, Konzepte zu entwickeln, die einen fließenderen Übergang vom Berufsleben in die Rente ermöglichen - indem etwa in den letzten Berufsjahren nur noch Teilzeit gearbeitet wird.

SPIEGEL: Sollte Arbeitslosen, die Hartz IV beantragen, mehr eigenes Vermögen belassen werden als bisher?

Ypsilanti: Auch darüber müssen wir reden, ja: Viele ältere Beschäftigte, denen Arbeitslosigkeit droht, haben Jahre gespart, um fürs Alter, für eine mögliche Pflegebedürftigkeit oder für die Ausbildung ihrer Kinder vorzusorgen. Für die ist das eine enorme Bedrohung, dass sie ihre ganzen Ersparnisse erst fast aufbrauchen müssen, bevor sie Arbeitslosengeld I kriegen.

SPIEGEL: Bleibt dann überhaupt noch etwas von Hartz IV übrig, oder wollen Sie die Regelung gleich komplett abschaffen?

Ypsilanti: Nein, nicht abschaffen. Wir hatten in Hessen von Anfang an eine sehr differenzierte Meinung zu den Hartz-Gesetzen. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Beispiel war völlig richtig. Wir haben aber auch immer gesagt, womit wir unsere Probleme haben - und nun zeigt sich, dass wir damit richtig lagen.

SPIEGEL: In drei Monaten sind Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen. Helfen Ihnen die Korrekturen der Bundespartei im Wahlkampf?

Ypsilanti: Möglicherweise. Aber der Ansatz, wieder deutlich soziales Profil zu zeigen, ist auch ohne eine bevorstehende Wahl richtig.

SPIEGEL: Wenn Sie Ministerpräsidentin in Hessen werden wollen, brauchen Sie zumindest eine Tolerierung durch die Partei Die Linke. Ziehen Sie jetzt Seit' an Seit' mit der linken Konkurrenz in einen Anti-Hartz-IV-Wahlkampf?

Ypsilanti: Ach, die Linken. Die wollen einfach nur das Rad zurückdrehen und alles abschaffen. Die Wähler wollen konstruktive Verbesserungsvorschläge und den Mut zu Korrekturen an den Stellen, an denen es klemmt. Mit dieser Strategie wird die SPD stark genug, um auch ohne die Linken die Ministerpräsidentin in Hessen zu stellen.

INTERVIEW: MATTHIAS BARTSCH